

BI GiesenSchacht – Forderung des landesweiten Aktionskreises Kali und Salz:

Rückbau der niedersächsischen Kalirückstandshalden

Giesen. Die niedersächsischen Kalirückstandshalden in Bokeloh, Giesen, Lehrte, Ronnenberg, Sehnde und Wathlingen bestehen fast ausschließlich aus Kochsalz (Natriumchlorid) und haben fast ausnahmslos keine Basisabdichtung – das Salz liegt also auf dem bloßen Erdboden. Der ursprünglich von den Grünen in der Regionsversammlung Hannover initiierte Aktionskreis Kali und Salz, bestehend aus verschiedenen Bürgerinitiativen und BUND-Gruppen der genannten Standorte, sieht in diesen Halden eine immense Gefahr für Mensch und Umwelt.

„Durch Niederschläge wird das Salz an der Oberfläche ausgewaschen. Das Salzwasser wird teilweise in angrenzende Gewässer eingeleitet und versickert durch die Halden hindurch unkontrolliert ins Grundwasser – das ist laut der Landesregierung mittlerweile an allen untersuchten Standorten versalzen“, erläutert Heiner Lammers, Vorsitzender der BUND Kreisgruppe Celle.

Sogar Natura 2000- bzw. FFH-Gebiete mit dem höchsten europäischen Naturschutzstatus, wie das Steinhuder Meer (auch Vogelschutzgebiet), der Auwald Brand in Nienhagen und die Aller seien langfristig bedroht. „Das derzeitige Versickern lassen von Salzwasser aus den Rückstandshalden sieht der Aktionskreis aufgrund fehlender wasserrechtlicher Erlaubnisse als illegal an.“

Der Aktionskreis fordert die Landesregierung deshalb aktuell in einem Positionspapier auf, alle Althalden in Niedersachsen zu beseitigen – entweder durch



Foto: Holger Müller

einen Rückversatz in Bergwerke oder durch die Verwertung des Salzes. Neu geplante Kaliproduktionen, wie in Giesen bei Hildesheim, sollen abstoßfrei und ohne Aufhaldung von Rückständen erfolgen.

„Aus Sicht des Aktionskreises Kali und Salz dürfen Kalihalden auf keinen Fall weiter als Depo-nieflächen zur Entsorgung von schwermetallhaltigen Industrieabfällen, schadstoffbelastetem Bauschutt und Boden sowie dioxinbelasteter Kraftwerksasche eingeplant oder genehmigt werden“, sagt Holger Müller von der BI Umwelt Wathlingen.

„Auch Haldenabdeckungen, wie in Wathlingen geplant, sind nicht geeignet, die Bildung und den Abfluss von salzigen Wässern zu unterbinden – die Auflösung der Halden wird dadurch allenfalls verzögert, aber nicht verhindert. Das gilt insbesondere dann, wenn der untere Teil der

Halde in den Boden eingesunken ist und vom Grundwasser aufgelöst wird.“

„Zusätzlich zu dem Salz belasten bei einer Abdeckung somit noch diverse weitere ausgewaschene Schadstoffe die Umwelt“, erklärt Lammers. „Bestehende Genehmigungen, wie in Sehnde und Bokeloh, sollen nach dem Willen des Aktionskreises daher mit dem Ziel nachhaltiger Sanierungen der Halden zurückgenommen werden.“ Müller ergänzt, dass „die Überwachung der Halden effektiv und transparent durch unabhängige Behörden und Institutionen erfolgen muss“.

Grundwasser- und Fließgewässerschäden sowie Bodenversalzung müssen aus Sicht des Aktionskreises auf Kosten der Betreiber und Verursacher saniert werden. Lammers und Müller weisen darauf hin, dass der Grundwasserschutz, vor

allem angesichts der Klimakrise und sich abzeichnender Dürren auch in Niedersachsen, unbedingt Vorrang vor allen anderen Interessen haben muss. Dasselbe gilt für den Schutz der Menschen vor Lärm- und Staubbelastung durch Lkw-Anlieferverkehr und Deponiebetrieb. Das Positionspapier ist einsehbar unter: www.biuw.de

Ingo Fietz